

REGIONALBAUERNVERBAND MITTWEIDA E.V. REGIONALBAUERNVERBAND WESTSACHSEN E.V.

- Die Vorsitzenden -



E-Mail: kontakt@bauernverband-mittweida-vestsachsen.de
Internet: www.bauernverband-mittweida.de und www.bauernverband-vestsachsen.de

Tel.: 03722-6001177
Fax: 03722-6001171
Mobil: 0171-3069069
Am Berg 1
09232 Hartmannsdorf

RBV Mittweida e.V. / RBV Westsachsen e.V. Am Berg 1 09232 Hartmannsdorf

08.11.2019

Sächsische Staatskanzlei
Ministerpräsident
Michael Kretschmer
01095 Dresden

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmer,

der Brief ist etwas länger geworden, bitte legen Sie ihn nicht gleich in die Ecke oder delegieren Sie das „Lesen“ nicht an jemand Anderen. Den Berufsstand der Landwirte beschäftigt derzeit Vieles und sicher sind ihnen die machtvollen Bauernproteste in vielen Städten Deutschlands, darunter auch in Leipzig, Chemnitz und Görlitz, Ende Oktober nicht entgangen.

Die Proteste wurden von einer bundesweit aktiven Gruppe verbandsunabhängiger Landwirte organisiert. Damit wurde deutlich, dass die Situation der deutschen Landwirte nicht nur von den Verbänden dramatisiert wurde, sondern die Stimmung an der Basis tatsächlich so schlecht ist, wie seit Jahren nicht.

In den vergangenen Monaten hatte sich bei uns Landwirten ein enormer Frust aufgestaut. Ständig steigende Auflagen und Forderungen, ohne jeglichen finanziellen Ausgleich für die dadurch entstehenden höheren Kosten, gefährden immer mehr Landwirte in ihrer Existenz. Gleichzeitig verstärkt die Politik mit dem geplanten Mercosur-Handelsabkommen den Druck auf die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise. Importe zu Billigpreisen und niedrigsten Sozial- und Umweltstandards gefährden die Versorgung mit qualitativ hochwertigen und kontrollierten Lebensmitteln aus der Region. Hier werden wir Landwirte und die Verbraucher zugunsten der Automobilindustrie zur Schlachtbank geführt.

Das Fass zum Überlaufen gebracht hat dann das geplante Agrarpaket der Bundesregierung. Dies sieht weitere Einschränkungen bei Pflanzenschutz und Düngung vor. Durch die Pläne zum Insektenschutz könnten in Deutschland rund 600.000 Hektar landwirtschaftlicher Fläche aufgrund zusätzlicher Auflagen nicht mehr rentabel bewirtschaftet werden. Kritisiert werden von uns Landwirten auch das staatliche Tierwohllabel und die zusätzliche Umschichtung von Direktzahlungen.

Stark macht uns auch zu schaffen, dass wir uns seit Jahren einem regelrechten Hass nach dem Motto: „der Schuldige ist der Bauer...“ ausgesetzt fühlen. Die permanente Stimmungsmache gegen die moderne Landwirtschaft durch Tierschutz- und Umweltverbände sowie die (auch staatlichen ...) Medien haben zu großer Frustration im Berufsstand geführt. Diskriminierung, Benachteiligung und Mobbing von Landwirten und ihren Angehörigen werden immer häufiger. Das gefährdet die Zukunft der Betriebe und damit auch des ländlichen Raums. Deshalb haben sich auch besonders viele junge Landwirte an den Protesten beteiligt.

Über viele Jahrzehnte waren die meisten sächsischen Landwirte treue Wähler der CDU. Dies ist seit ein paar Jahren nicht mehr selbstverständlich. Der Rückenhalt der CDU bei den Landwirten ist deutlich gesunken. Obwohl in Sachsen bisher immer ein CDU-Minister Verantwortung für die Landwirtschaft hatte, haben wir in einigen Bereichen (u.a. beim Gewässerschutz / Gewässerrandstreifen) teilweise schärfere Auflagen als Bundesländer mit einem grünen Landwirtschaftsminister. Auch gibt es immer noch keinen ausreichenden Schutz vor dem Entzug landwirtschaftlicher Nutzflächen für Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen, obwohl dies im letzten Koalitionsvertrag so vorgesehen war. In den Amtsstuben wird zu viel zerredet. Für massiven Unmut unter den betroffenen Landwirten hat auch die Ausweisung der Gebiete mit hoher Nitratbelastung (sogenannte rote Gebiete) in Sachsen geführt. Hier erwarten wir Landwirte eine schnellstmögliche Überprüfung des Messstellennetzes. Nach unserer Auffassung sind die überwiegende Zahl der Messstellen bewusst an Stellen errichtet worden, wo hohe Einträge zu erwarten waren. Diese Messstellen sind nicht repräsentativ für die Grundwasserkörper, führen aber zur Einstufung des gesamten Grundwasserkörpers als Gebiet mit hoher Nitratbelastung. Die in Sachsen angewendete Binnendifferenzierung ist aus unserer Sicht nicht ausreichend. Darüber hinaus gibt es bei zahlreichen Messstellen erhebliche Zweifel an der fachlich korrekten Ermittlung der Messwerte. Die Ausweisung der roten Gebiete stellt für uns Landwirte einen erheblichen Eingriff in die Bewirtschaftung und in die Wertschöpfung dar.

Für den Pächter und Bodeneigentümer kommt diese Einschränkung einer schleichenden Enteignung der Ertragsfähigkeit gleich. Wir sehen uns als Verband mit der Aufgabe konfrontiert, diese Situation gegenüber den Grundstückseigentümern so zu kommunizieren. Dabei wird man uns auch nach den „Machern“ der roten Gebiete fragen.

Auch für die anstehende Reform der Europäischen Agrarpolitik benötigen wir Landwirte in den neuen Bundesländern die Unterstützung unserer Länderregierungen. Die immer wieder geführte Diskussion „Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ verkennt völlig den eigentlichen Ursprung der Direktzahlungen.

Mit der Liberalisierung der Märkte Anfang der 90iger Jahre wurden die Direktzahlungen als Ausgleich für die deutlich höheren Sozial-, Tierschutz- und Umweltstandards im Vergleich zu Mitbewerbern auf dem Weltmarkt eingeführt. Seit dem haben sich europäische Standards weiter drastisch verschärft. Die finanziellen Mittel zum Ausgleich dieser Nachteile hingegen werden regelmäßig gekürzt. Darüber hinaus werden ständig zusätzliche Anforderungen und Bedingungen an diese Zahlungen geknüpft.

Die Erzeugung qualitativ hochwertiger und preiswerter Nahrungsmittel in ausreichender Menge, die damit verbundene Verringerung der Importabhängigkeit sowie die Pflege und Erhaltung unserer Kulturlandschaft sind aus unserer Sicht ausreichend Rechtfertigung für die gewährten Ausgleichszahlungen.

Die hohen Sozial-, Tierschutz- und Umweltstandards gelten im Übrigen für jeden Betrieb, egal welcher Rechtsform und auch für jeden Hektar, unabhängig davon, ob dieser in einem Familienbetrieb oder in einer Agrargenossenschaft bewirtschaftet wird. Aus diesem Grund lehnen wir auch eine weitere Aufstockung der ersten Hektare ab, egal ob durch Erhöhung der Fördersätze je Hektar oder durch Erhöhung der Anzahl der geförderten Hektare. Eine verstärkte Förderung der ersten Hektare würde zu einem weiteren massiven Rückgang der Agrarzahungen in den neuen Bundesländern führen. Nach Schätzungen unseres Landesbauernverbandes auf der Basis der aktuell verfügbaren Daten würden dadurch in der Förderperiode etwa 82 Millionen Euro in die alten Bundesländer abfließen. Dies muss unbedingt verhindert werden. Unsere Betriebe brauchen auch weiterhin eine starke und verlässliche 1. Säule. Das hat sich gerade in den letzten zwei Dürrejahre gezeigt.

Noch waren die Bauernproteste zwar spürbar aber auch überschaubar, aber niemand weiß, wie lange das so bleibt. Wir wollen auch weiterhin mit der Politik im Gespräch bleiben, aber wir brauchen endlich greifbare Resultate und kein Geschwätz über 1 m² Grünlandfläche, die „verschwunden“ ist. Wir brauchen endlich eine Perspektive für unsere Kinder und Betriebsnachfolger, damit unsere Landwirtschaft in Deutschland eine Zukunft hat. Die Politik muss schnellst möglich wieder faktenbasierte Entscheidungen treffen, anstatt den vermeintlichen Fachleuten der NGO's nach dem Mund zu reden oder mit dem gerade aktuellen Stimmungsbild zu kokettieren. Klima-, Umwelt- und Tierschutz gehen nur mit uns Landwirten und nicht gegen uns!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wohl wissend, dass es eine große Herausforderung sein wird, erwarten wir von den laufenden Koalitionsverhandlungen, dass das Amt des Landwirtschaftsministers auch in dieser Legislaturperiode von einem Landwirtschaftsfachmann ausgeübt wird. Eine Besetzung des Ministeramtes mit einem Vertreter von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, nur um dem Parteienproporz Rechnung zu tragen, würden wir Landwirte als Affront verstehen. Dies könnte die angespannte Lage weiter eskalieren und gerade aus unseren Berufsstand noch weitere Wähler zum Abwandern bewegen.

Die Vielzahl der Probleme, mit der sich die Landwirtschaft konfrontiert sieht, erfordert einen Landwirtschaftsminister der mit Fach- und Sachverstand, frei von ideologischer Verblendung, faktenbasierte Entscheidungen trifft und Rahmenbedingungen schafft, unter denen eine einträgliche Landwirtschaft in unserem Land auch in der Zukunft möglich ist. Wir erwarten deshalb von der neuen Landesregierung, dass sie unsere Probleme ernst nimmt und löst.

Im Auftrag der Vorstände



Richter
Vorsitzender
RBV Mittweida e.V.



Stauch
Vorsitzender
RBV Westsachsen e.V.